

Wie jedem privaten Arbeitgeber das Recht zuerkannt werden muß, Bedienstete zu entlassen, die gegen seine Interessen arbeiten und seine Existenz gefährden, so hat das Volk ein noch viel größeres Recht, Beamte zu beseitigen, die das Wohl einer ganzen Nation bedrohen:

„Die Behörden haben als Beauftragte des Volkes zu wirken, nicht als freie Herren und Gebieter; sie dürfen nicht nach ihrem Subdunkel schalten und walten; sie sind ihrem Auftraggeber — dem Volke — Rechenschaft schuldig.“

Hieraus ist die Stellung des Beamten im Volksganzen zu ersehen.

Im Obrigkeitstaat waren diese Behördenorganisationen ausgesprochen konservativ-monarchistisch aufgezogen und in ihrer ganzen Tendenz arbeiterv- und volksfeindlich eingestellt; denn das Gros des Volkes ist die arbeitende Bevölkerung, deren Niederhaltung und Entrechtung eine der Hauptaufgaben der Behörden war, wozu die Beamenschaft — selbst ein Teil dieser Entrechteten — Handlangerdienste zu verrichten hatte. Mit vollem Recht sah die Arbeiterschaft im Beamten nicht den so oft zitierten „Diener des Volkes“, sondern den Schergen des monarchischen Systems. Die Demokratisierung der Behörden ist mithin eine Frage, die die Gesamtheit des Volkes angeht und deren Wichtigkeit nur zu wenig Beachtung gefunden hat, sonst könnten nicht derartige Uebergriffe von Beamten vorkommen wie wir sie täglich in den Tageszeitungen vorgelesen bekommen!

Nach dem Vorhergesagten ist zu unterscheiden zwischen den Leitern der Behörden, d. h. denjenigen Beamten, die die Verantwortung für ihren Dienstbereich tragen und selbständig die Anordnung zu treffen haben, und den nachgeordneten Beamten, die lediglich ausführende Organe der leitenden Stellen sind. Während die ersteren von der Wahl durch das Volk (Volkswahl) und dessen Vertrauen abhängig zu machen sind, stellen die letzteren den technischen Apparat dar, für dessen Zuverlässigkeit die Haltbarkeit bei der leitenden Stelle liegt. Hieraus folgt aber auch, daß es den leitenden Beamten überlassen werden muß, Stellen ihres Ressorts, von denen ein maßgebender Einfluß ausgeht, mit solchen Beamten zu besetzen, die das volle Vertrauen auf unparteiische Handhabung der Dienstgeschäfte genießen. Daß dieses heute noch nicht der Fall ist, bedarf keiner besonderen Erörterung.

Die Tatsache, daß gegen die Forderungen, insbesondere von den höheren Beamten, Sturm gelaufen wird, kann keine Verwunderung auslösen. Es muß nur befremden, daß der Reichspostminister zu einer Vertretung der höheren Postbeamten sich dahin ausgesprochen hat, daß er durchaus auf dem Standpunkt der Notwendigkeit einer Erhaltung des höheren Beamtentums in seiner inneren und äußeren Geschlossenheit stehe, und daß diese Anschauung, je länger, je stärker, auch in den übrigen Regierungskreisen hervortrete; d. h. also, daß an der alten Klassifizierung der Beamten festgehalten wird, die Anerkennung und Gleichberechtigung aber all denjenigen verweigert wird, die aus den unteren Beamtenschichten hervorgegangen sind. Wer sind denn die anderen Regierungskreise? Hierüber haben doch nicht die höheren Beamten allein, sondern das Volk und vor allem die hieran stark interessierte Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit ein Wort mitzusprechen. Das Wort: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ darf vor den künstlich aufgerichteten Schranken zwischen höheren, mittleren und unteren Beamten nicht halt machen, wenn anders nicht jedes ehrliche Streben erstickt und die Arbeitsfreudigkeit und das Verantwortungsgefühl darunter leiden soll. Nicht die Schulbank allein und womöglich noch die Zugehörigkeit zu einem feudalen Korps, ein Schmiss auf der Bocke oder ein Monokel im Auge sind für das Aufsteigen maßgebend, sondern die praktische Tätigkeit, das Wissen und Können des einzelnen sollen den Maßstab für seine Verwendung abgeben. Diese Forderung bedingt das Wesen des Volksstaates, und in dieser Frage kann die Beamtenschaft der vollen Unterstützung der Sozialdemokratie gewiß sein.

Nach den vorstehenden Gesichtspunkten hat auch die Beamtenschaft in der Kommission ihre Behandlung erfahren,

deren Ergebnis im Entwurf aufgenommen worden ist. Damit dürfte aber auch der gegnerischen Agitation der Boden entzogen sein, da die Rechte der Beamten in der Verfassung festgelegt sind, deren oberster Hüter heute ein Sozialdemokrat ist.

Reichskabinet und Teuerung.

Wie wir hören, beschäftigt sich z. B. das Reichskabinet eingehend mit den Wirkungen der über Deutschland hereingebrochenen Teuerungswelle. Man will schon in den nächsten Tagen, soweit das Reich als Arbeitgeber in Betracht kommt, entscheidende Beschlüsse fassen, um einer weiteren Verschlechterung der Existenzverhältnisse seiner Arbeiter, Angestellten und Beamten entgegenzutreten.

Der irrende Amtsrichter.

Unsern Lesern ist der Fall des Reußländer Amtsgerichtsrats Höhne bekannt, der einen Schöffen namens Abrecht zwingen wollte, den Eid in der religiösen Form zu leisten und als dieser auf seinem verfassungsmäßigen Recht der nichtreligiösen Eidesleistung bestand, ihm damit drohte, er werde sämtliche anstehenden Termine abfehen und dem Schöffen die entstehenden Kosten auferlegen!

Gegen Amtsgerichtsrat Höhne ist nun von parteigenössischer Seite Strafanzeige wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt erstattet worden, die zweifellos in der rechtswidrigen Androhung der Kostenauferlegung zu erblicken ist. Der Anzeigende war sich allerdings keinen Augenblick im Zweifel, daß die Anzeige erfolglos bleiben würde, denn welcher Staatsanwalt in Preußen würde wohl gegen einen leibhaftigen Amtsgerichtsrat zu Felde ziehen, wenn dieser gar noch sein rechtswidriges Verhalten wie Herr Höhne mit dem schönen Satz motiviert: „Ich halte eben am Alten fest.“ Aber der Anzeigende hatte ein gewissermaßen wissenschaftliches Interesse, zu erforschen, mit welchen Bindungen sich die Justiz diesmal aus der peinlichen Situation befreien würde.

Das Experiment hat gelohnt. Der Bescheid, mit dem der Oberstaatsanwalt beim Landgericht II die Einstellung des Verfahrens gegen Amtsgerichtsrat Höhne motiviert, ist ein klassisches Dokument, das festgehalten zu werden verdient. Der Herr Oberstaatsanwalt stützt seine Entscheidung auf zwei Aussagen: erstens auf die des angeklagten Amtsgerichtsrats selbst, zweitens auf die des anderen (an dem Vorfall unbeteiligten) Schöffen namens Haal. Amtsgerichtsrat Höhne hat erklärt, er habe Abrecht dahin mißverstanden, daß dieser sich überhaupt weigere, den Eid zu leisten. In Wirklichkeit zeigen schon die Worte des Amtsgerichtsrats „Ich halte am Alten fest“, daß hier von einem Mißverständnis gar keine Rede sein konnte.

Der Schöffe Haal hat laut Einstellungsbescheid des Oberstaatsanwalts erklärt, daß er nicht wisse, ob Amtsgerichtsrat Höhne den Abrecht mißverstanden habe. Daraus folgert der Oberstaatsanwalt fälschlich, daß damit „jedemfalls die Möglichkeit eines Mißverständnisses zugegeben sei.“ Man beachte: der Zeuge Haal hat positive Merkmale eines Mißverständnisses nicht anzugeben vermocht. Seine Aussage, daß er nichts von einem Mißverständnis wisse, belegt also, daß er, der Zeuge, jedenfalls ein solches — doch sehr zufälliges — Mißverständnis nicht bemerkt hat. Haals Zeugnis ist also eine schwere Belastung des Amtsgerichtsrats Höhne. Der Oberstaatsanwalt scheidet aber nur heraus, daß die „Möglichkeit“ (eine wie große Möglichkeit, Herr Oberstaatsanwalt?) eines Mißverständnisses zugegeben sei.

Aber wenn dem Oberstaatsanwalt das Zeugnis des Haal zu unsicher erschien, so blieb doch als Hauptbelastungszug der von Höhne bedachte Schöffe Abrecht. Er konnte mit absoluter Sicherheit angeben, daß auch die „Möglichkeit“ eines Mißverständnisses völlig ausgeschlossen war. Wie hat nun der Oberstaatsanwalt gegenüber dem Bestreiten Höhnes und der unsicheren, aber im Kern stark belastenden Aussage Haals das Zeugnis des Schöffen Abrecht verwertet? — Man höre und staune: Ueberhaupt nicht! In dem Einstellungsbescheid ist lediglich von der Aussage des Angeklagten selbst und der des Zeugen Haal die Rede, das Zeugnis Abrechts wird mit keiner Silbe erwähnt! Man muß

daraus schließen, daß der Oberstaatsanwalt den Hauptbelastungszug überhaupt nicht vernommen hat.

Gegen Herrn Höhne schwebt, wie der preussische Justizminister Am Jahn auf eine Anfrage jüngst mitteilte, außerdem noch ein Disziplinarverfahren. Wird es mit der gleichen klassischen Objektivität geführt?

Ueber den objektiven Oberstaatsanwalt aber wird an anderer Stelle noch zu reden sein. Man wird sich doch wohl erkundigen müssen, ob es in Preußen allgemein üblich ist, ein Strafverfahren einzustellen, ohne den Verletzten überhaupt anzuhören, oder ob dies nur geschieht, wenn der Angeklagte ein deutschnationales Amtsgerichtsrat ist?

Wählerarbeit gegen die republikanische Polizei

Ein höherer Polizeioffizier schreibt uns:

Die trotz aller offiziellen Dementis noch immer nicht völlig aufgeklärte Angelegenheit des Ministerialdirigenten Dr. Abegg macht es notwendig, sich mit dem seit Jahr und Tag währenden Zerlegungsprozeß des republikanischen Geistes in der Polizei zu beschäftigen. Wie liegen die Dinge in den einzelnen Ländern?

In Sachsen ist vor kurzem der Versuch gemacht worden, an die Unterbeamenschaft monarchistische Geschichtsbücher schenken zu lassen. Der Versuch, für den der Polizeioberst Reichardt verantwortlich zeichnet, ist dank tatkräftigen Handelns der Regierung und der Unterbeamenschaft zu Fall gebracht. In Bayern ist die Schutzpolizei völlig in die Hand der Monarchisten. Der Rame Poehner sagt alles. Wie weit der Einfluß des Rudendorff-Abtates Oberst Bauer reicht, sei dahingestellt. Die bayerische Schutzpolizei ist reaktionär nach jeder Richtung hin.

In Mecklenburg kommandiert noch der republikanische Oberst Lange. Wie lange noch? Seit Jahr und Tag ist eine unechte Wählerarbeit der Monarchisten gegen diesen untadelhaften und kenntnisreichen Offizier im Gange. Diese Wählerarbeit wird während, solange Lange auf diesen Posten steht. In Thüringen ist einer beispiellosen, schamlosen und völlig strupflosen Intrige gelungen, Major Müller-Brandenburg zu Fall zu bringen, obwohl ihm wie jetzt offen im Landtag zugegeben worden ist, weder als Mensch noch als Polizeioffizier etwas nachgelagt werden kann. Und nun Preußen! Seit Goerings Abgang wird die preussische Schutzpolizei mit Hochdruck monarchisiert und militarisiert. Das dreibändige Gardeheft, Oberst Graf Poninski, Oberst v. Rißer und Oberst Friedrich, haben das Heft in den Händen. Abegg, der republikanische Polizeichef, soll schon längst beseitigt worden sein.

Demgegenüber hat die republikanische Bevölkerung die Pflicht, die Augen offen zu halten und dazu beizutragen, daß nicht Gefahren herbeigeführt werden, die eines Tages die Republik in das Chaos stürzen können.

Arme Leute.

In alter monarchischer Treue wenden sich offenbar noch immer Bittsteller an den Kaiser, der schon in seiner Blauzeit eine sehr geringe Wohltätigkeit entwickelt hat. Sie erhalten eine Antwort aus Haus Doorn, die zunächst mit dem Mangel an Schreibkräften begründet, daß sie gleich in Massen gedruckt ist. Dann versichert sie, daß Wilhelm mit Bedauern von der Postage des pp. Unteranen Kenntnis genommen habe, aber leider nichts tun könne, da bei einem Kurs von hundert Mark gleich vier holl. Gulden die allerhöchste Hofwirtschaft selber in der Tinte stehe. Für die Ablehnung können sich aber die Bittsteller durch den Besitz eines Briefes vom Hofmarschallamt Selner Kaiserlichen und Königlichen Majestät Wilhelm II. trösten.

Früher brauchte man nicht so zu sparen. Sieh doch, wie heimlich in seinem Hohenzollernbuch berichtet, das Große Hauptquartier durch den Kurier Wasser zum Teekochen aus Deutschland holen, weil sonst der Tee den allerhöchsten Gaumen nicht schmeckte. So konnte auch allerhöchstdessen Samowar als Instrument des Himmels sich betrachten!

Wie schlicht und einfach ist dagegen das Preussische Justizministerium, das den Entschädigungsanspruch eines Arbeiters in Altona für unschuldig erittene halbjährige Untersuchungshaft mit der ergreifenden Begründung ablehnt, der Mann habe in der Freiheit auch nicht mehr als den notwendigen Lebensunterhalt verdient, den er im Gefängnis ja auch erhalten habe!

Wilde Tiere als Künstlermodelle.

Den bildenden Künstler hat es von jeher gereizt, das wilde Tier in seiner ungebrochenen Schönheit und Kraft darzustellen. Aber wo soll er in unsern zivilisierten Gegenden die nötigen Modelle herbekommen? Das Studium im Zoologischen Garten mag ihm wohl für manche Einzelheiten des Tierkörpers genügen, aber das Wesen der stolzen Bestie kann es ihm nicht enthüllen. Deshalb haben in neuerer Zeit namhafte Künstler Jagdexpeditionen nach den Ländern unternommen, in denen Löwe und Tiger, Elefant und Nashorn zu Hause sind. Die Beobachtungen und Erlebnisse eines solchen Künstlers, der im dunklen Erdteil jagte und schaute, sind aufgezeichnet von dem bekannten Plastiker Fritz Behn in seinem bei Georg Müller in München erschienenen Reisebericht „Hajuru. Ein Bildhauer in Afrika.“

Behn führt die Großartigkeit der antiken Tierplastik darauf zurück, daß der Mensch damals dem wilden Tiere noch viel näher stand und es in Freiheit genau studieren konnte. „Man schaue nur die affyrischen Reliefs der Löwenjagd im Britischen Museum!“ schreibt er. „Das sind Löwe, Tiere zum Fürchten in ihrer Wut, in ihrem Angriffe — sie jagten sie in der Steppe Afrikas, und daher konnten sie sie auch darstellen. Dasselbe sehen wir bei den ägyptischen Tierdarstellungen. Und deshalb, weil hier überall Thema und Form übereinstimmen, werden das immer die größten Werke der Tierplastik bleiben. Wir Europäer aber sollten weiter Ziegen und Enten malen.“ Die Zebras und Antilopen, die Leoparden, Löwen und Nashörner im Zoologischen Garten bereiten dem Kenner der afrikanischen Tierwelt eine tiefe Enttäuschung. „Ja, — aber sind das dieselben Tiere, die ich drüben in Afrika sah?“ fragt der Bildhauer. „Diese magere Kuh, der bunte schwarze Elefant von Ostafrika? Diese klägliche Kage, der weidmüchtige mustelöse Löwe? Dieses Skelett mit Hautalteln, das wuschige schnelldäufige Nashorn? Träg und stumpf, wie Karappen aus den Auslagen der Pelzhändler oder wie Muskelpräparate, stehen diese Symbole der Bedenkllichkeit, Kraft und Lebensfülle hinter ihren Gittern und Gehegen — es macht mich frieren, wenn ich sie ansehe. Auch ihnen hat Europa die Lebensfreude genommen, hat sie verkrüppelt und verflaut. Und das sind dann unsere Modelle!“

Ganz anders offenbart sich Wesen und Kraft dieser Tiere in ihrer Heimat. „Nie vergeße ich die Bilder: wie ein Nashorn am Kantonidomü öste, wie es dann mit wildem Schnauben gleich einer Lokomotive heranbrauste, wie die Giraffe im Paganalopp über die Steppe schaukelte und der Löwe in toller Flucht den Bullen verfolgte. Wie ein Leopard im Urwaldgestrüpp sich fuchsend verrollte, wie der Büffelbulle zu mir herüberlief, das Fußpfad aus dem Wasser heraufschickte mit seinem ungeheuren geöffneten Rachen — und nie werde ich den Eindruck los von der Kaiserin des Zoo-

parde, als ich ihn in der Falle gefangen hatte und er sich mit der Kraft seiner maßlosen Wut gegen mich in die Höhe schmeißte.“

Behn hat in Afrika eine große Anzahl von Gipsabgüssen der erlegten Tiere gemacht, um so „Naturdokumente“ zu sammeln. Diese Abgüsse beweisen, daß ein Nashorn drüben ganz andere Maße und Formen hat als ein „Exemplar“ unserer Tiergärten. Zwanzig Lasten Gips führte er mit sich und konnte häufig, wenn Wasser zur Stelle und Leute zur Hand waren, sofort nach dem Schuß die Gesichtsmasken von Tieren aller Art abnehmen, sowie auch Abgüsse anderer Körperteile. Die Gipsformen wurden vorsichtig in leere Proiantkisten verpackt, und merkwürdigerweise ging kein Stück verloren. „Durch Dick und Dünn“, erzählt Behn, „irgen die Schwarzen diese unbegreifliche „Medizin“ diese Monate hinter mir her, bis an die Küste und machten sich wohl im Geheimen lustig über den verrückten „Mzungu“, der das Fleisch erst mit dieser merkwürdigen Sauce begoß, bevor er es aß. Rich aber hat diese „Medizin“ nachher im Atelier über manchen Fehler hinweg kuriert!“

„Eine Schädigung unseres Kunstbesitzes.“ Zu dem Artikel in Nr. 365 geht uns — durch einen Zufall leider verspätet — eine Mitteilung von Herrn Berni Grönvold zu, nach der der Verfasser unseres Artikels sich insofern in einem Irrtum befindet, als abfällige Bemerkungen Karl Schefflers nicht die Veranlassung zu der Widmung des Herrn Grönvold gegeben haben. Herr Scheffler habe, abgesehen von einer gelegentlichen Aeußerung, den Werken Wassmanns stets ein ernstes und volles Verständnis entgegengebracht und sie in seinen kunsthistorischen Werken mit warmer Bewunderung und Anerkennung behandelt.

Wiedereröffnung des Märkischen Wanderspieltheaters. Das Märkische Wanderspieltheater, das in der letzten Spielzeit mit einem erheblichen Fehlbetrag gearbeitet hatte, der seine Schließung notwendig machte, wird wahrscheinlich wieder eröffnet werden. Es schweben zur Zeit Verhandlungen mit der in Gründung begriffenen Gesellschaft für Verbreitung von Lehr- und Bildungsspielen, die die Wiedereröffnung des Märkischen Wanderspieltheaters unter Leitung von Otto Gläfer anstreben und wahrscheinlich zur Folge haben werden.

Die Zionisten (Jüdischnationalen) streben bekanntlich einen eigenen nationalen jüdischen Staat an, da sie mit der sogenannten Assimilationstheorie, die die Juden als Angehörige jedes Volkes, unter dem sie leben, angesehen haben will, nicht übereinstimmen. Im Zusammenhang damit ist es interessant, die Verbreitung der jüdischen Nation auf der Erde sich anzusehen. Ende 1920 sind von insgesamt 13 1/2 Mill. (0,8 Proz.) Juden auf der Erde in Europa 10 1/2 Mill. (2,3 Proz.), Asien 780 000 (0,08 Proz.), Afrika 475 000 (0,8 Proz.), Amerika 1780 000 (0,8 Proz.), Australien 20 000 (0,25 Proz.) berechnet worden. Die meisten Juden leben in Polen (8 300 000 — 11 Proz.), die wenigsten in Portugal (600 — 0,1 Proz.); England hat 280 000 (0,8 Proz.), Frankreich 180 000 (0,8 Proz.), Italien 40 000 (0,1 Proz.), das Deutsche Reich 550 000 (0,9 Proz.), Oesterreich 850 000 (5,4 Proz.), davon in Wien

über 800 000 (= ca. 16,8 Proz.), Ungarn 450 000 (8 Proz.), davon in Budapest 212 000 (= 22,9 Proz.), die tschecho-slowakische Republik 380 000 (2,7 Proz.) usw. In Palästina, dem als Nationalstaat in Aussicht genommenen Gebiete, gibt es 80 000 (8,8 Proz.), in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 1 000 000 (1 1/2 Proz.).

Die Zusammenstellung haben wir der eben erschienenen Ausgabe von Sidmanns Universalatlas entnommen, in der sie in noch ausführlicherer Form gegeben ist. Das von Alois Fischer vollständig neu bearbeitete Werk bietet außerdem eine Fülle statistischer Daten auf Grund neuester amtlicher Quellen über alle Staaten der Erde, auch die infolge des Weltkrieges neu entstandenen. Es finden sich Größe, Bevölkerung, Nahrungs- und Genussmittel, Eisen und Kohle, Eisenbahnen und Schifffahrt, Kabel- und Funkstationen, Städte nach Einwohnerzahl, Bergbau, Handel, Kolonialbesitz, nationale und Religionsverhältnisse, endlich eine Reihe von Tafeln über den Weltkrieg. Das bei G. Freytag u. Berndt in Wien erschienene Werk kann wärmstens empfohlen werden. (Preis 40 M.)

Das Liller Theater und die Deutschen. Zu der Erklärung des Karlsruher Theaterdirektors Grunwald, daß die Stadt Lilla den deutschen Besatzungsbehörden den Ausbau des Liller Theaters verweigert und daß die darin investierten Werte mindestens 150 000 Goldmark wert seien, nimmt jetzt der Bürgermeister von Biele, Delesolle, Stellung, indem er diese Behauptung formell dementiert. Der Ausbau des Liller Theaters sei wohl auf Veranlassung der Deutschen erfolgt, aber unter Repressalien und Drohungen für die Bewohner Lilles und auf deren Kosten. Direktor Grunwald habe auch versprochen, daß die deutschen Truppen beim Rückzug den größten Teil der Dekorationen verbrannt und die Einrichtungen zerstört hätten, die von ihnen auf Kosten der Liller Bürger gebaut worden seien. Das Theater sei deshalb auch heute noch geschlossen.

„Höhere Töchter“ vor 2000 Jahren. Unter den Entdeckungen, die bei den neuesten Ausgrabungen in Pompeji gemacht wurden, befinden sich nach einem Bericht aus Neapel zahlreiche Liebesbriefe. Die junge Patrizierin an berühmte Gladiatoren schrieb.

Die Briefe, die in der Nähe einer Weinschenke gefunden wurden, sind aus eisenbeinerne Täfelchen geschrieben. Eines dieserartigen Briefes ist an einen Gladiateur namens Strag gerichtet, der nach der Ansicht des Archäologen Prof. Spinazzola wahrscheinlich ein „Barbar“ war. Das Liebesbekenntnis der jungen Pompejanerin lautet folgendermaßen: „Bist Du Apollon in dem Körper des Hercules? Für mich bist Du sicherlich ein Gott! Deine Schönheit und Deine Stärke haben in meinen Augen alle anderen Männer ausgestochen. Ich bin jung, und meine Verehrer, die ich verachte, sagen mir, daß ich schön sei. Ich will Dich, einzig Geliebter, in der Nähe des Nistempels erwarten!“ Inschriften unter den an die Mauern gezeichneten Bildern von Gladiatoren zeigen, daß so manche junge Damen, die Clio, Lydia und Cornelia hießen, in sie verliebt waren.

Also nicht nur in unserer hochkultivierten Gegenwart werden erfolgreiche Boxer und Ringkämpfer von den Damen der „höheren“ Stände angeheuert, sondern es war auch schon vor zwei Jahrtausenden so. Und wenn die mustelhaften Feinden der Arena gar „Barbaren“ (heute „Nigger“) sind, dann kann jetzt wie damals das zarte Herz der höheren Töchter um so schwerer widerstehen.

Wichtige Aufgaben des Reichstags.

Berlin, 10. August. (WZB.) Bei seinem Zusammenritt im September wird sich der Reichstag voraussichtlich sofort mit einer Angelegenheit von weittragender Bedeutung zu befassen haben. Die Reichsregierung ist schon seit einiger Zeit in eine Prüfung der Frage eingetreten, inwieweit voraussichtlich demnächst die Preissteigerung, die Steigerung der Mietpreise und die Auswirkung der Steuererhöhung, z. B. eine etwaige Verteuerung der Kohle, Gas usw., eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung herbeiführen werden, und wie weit dem bei der durch die Reparation aufs äußerste angespannten Finanzlage des Reiches durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu begegnen ist. Da diese Frage auch für die Länder von einschneidender Bedeutung ist, wird sie nicht ohne Benehmen mit den Landesregierungen geregelt werden können. Es ist zu erwarten, daß schon in kurzer Zeit die erforderlichen Verhandlungen beginnen werden, so daß dem Reichstag nach den Ferien bereits feste Vorschläge unterbreitet werden können.

Die Erfassung der Sachwerte.

Nach unseren Informationen besteht zurzeit bei der Mehrheit des Reichskabinetts leider nicht der Wille, in der Erfassung der Sachwerte den vom Reichswirtschaftsministerium aufgezeichneten Weg zu betreten. Man scheint sich aber mit der Frage zu beschäftigen, ob die Körperschaftsteuer nicht in irgendeiner Form so ausgebaut werden kann, daß das Reich an dem Besitz der Industrie- und Handelsgesellschaften irgendwie beteiligt werden kann. Wir können nicht verhehlen, daß nach unserer Meinung dieser Notbehelf das zu erzielende Ziel kaum gewinnen wird.

Eine Fälschung der „Roten Fahne“.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht heute morgen einen Aufruf, den die drei politischen Arbeiterparteien sowie der Ortsausschuß des WZB. in Bremen zu einer Massendemonstration am 13. August gegen die Verteuerung aller Lebensmittel und gegen das unzulängliche Steuerprogramm der Reichsregierung erlassen haben. In dem vom kommunistischen Blatte abgedruckten Auszuge heißt es u. a.:

Nieder mit der kapitalistischen Wirtschaft!
Nieder mit den Trägern dieses schandvollen Systems und seinen Beauftragten, der Mehrheit des Reichstages und der Regierung!

Wie wir nun inzwischen durch Rücksprache mit unseren Bremer Parteigenossen festgestellt haben, steht der hier seitgedruckte halbe Satz nicht in dem von den veranstaltenden Organisationen erlassenen Aufruf, er ist aus ausdrücklichen Verlangen unserer Partei gestrichen worden. Die „Rote Fahne“ will aber, indem sie die von den Linksradiolen vorgeschlagene Fassung als die endgültige abdruckt, den Eindruck erwecken, als hätten die sozialdemokratischen Arbeiter Bremens eine Kampfansage an die eigene Reichstagsfraktion und die eigenen parteigenösslichen Minister erlassen. Wir überlassen es unseren Parteigenossen, über diese Agitationsmethoden der Kommunisten in Fragen, die die Arbeiter aller Parteien gleichmäßig betreffen, zu urteilen.

Ein Herz und eine Seele!

Als die Deutsche Volkspartei in der Reichsregierung saß, war sie naturgemäß in ihrer nationalstaatlichen und reaktionären Agitation wesentlich gehemmt im Vergleich zu der Deutschnationalen Volkspartei, die um so rücksichtsloser darauflos schimpfen konnte, als sie sich von jeder Verantwortung frei wußte. Die Kosten dieser Schimpffreiheit mußten naturgemäß neben den übrigen Parteien auch die Volksparteier tragen, und besonders in gewissen Gegenden, wie in Mecklenburg, war von dem einstigen Schonungsabkommen, das vor den letzten Reichstagswahlen von den beiden Parteivorsitzenden Hergt und Stresemann vereinbart worden war, nur noch recht wenig zu merken. Auf die Dauer ist aber diese Rolle des Prügelknaben der Deutschen Volkspartei zu dünn vorgekommen und sie hat eine Flugchrift zur Abwehr dieser deutschnationalen Agitation herausgegeben. In dieser Schrift wurde auch kräftig zum Gegenangriff geschritten. Man mußte nun annehmen, daß die kampffreudigen Deutschnationalen ihrerseits wiederum die Antwort nicht schuldig bleiben würden.

Indessen scheint nichts daraus zu werden. In einem offiziellen Schreiben erklärt der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Hergt, daß er „einen Kampf zwischen den beiden Parteien der Rechten, zumal unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen, für verderblich und unerwünscht“ halte. Er habe diese Auffassung bereits in einem am 5. Juli d. J. an Dr. Stresemann gerichteten Brief zum Ausdruck gebracht und an diesem Grundlag werde die Deutschnationalen Partei trotz der neuen Kampfschrift der Volkspartei festhalten. Eine Entgegnung auf die darin enthaltenen Vorwürfe werde also nicht erfolgen.

Die „Tägliche Rundschau“, die infolge dieses Streites in eine recht peinliche Lage geraten war, da sie wohl selbst nicht recht weiß, welcher Richtung sie eigentlich angehört, verzeichnet diese Schamade mit besonderer Benugung. Sie meint, daß der soeben entstandene, nunmehr beilegele Konflikt lediglich den lipstischen beiden Parteien Freude bereitet hätte.

Wenn die „Tägliche Rundschau“ nun damit sagen will, daß uns diese so rasch zustande gekommene Versöhnung zwischen den streitenden Brüdern eine besondere Enttäuschung bereite, so befindet sie sich im Irrtum. Gerade weil wir stets den Standpunkt vertreten haben, daß der Unterschied zwischen den beiden Rechtsparteien höchstens eine Frage von Nuancen ist, haben wir den Gedanken eines Zusammengehens mit der Volkspartei konsequent zurückgewiesen. Indem die Deutschnationalen den Volksparteiern nochmals die Bruderhand reichen, in die wiederum die Volksparteier so bereitwillig einschlagen, haben sie lediglich, ganz in unserem Sinne, zur Klarstellung der Verhältnisse beigetragen. Beide Parteien werden nun in gemeinsamer Front die demagogische Agitation gegen die Unterzeichnungspossession fortsetzen können. Die Herren Dr. Heinke, v. Kaumer, v. Rheinbaben usw. werden nun aus dem Munde ihrer eigenen Parteifreunde bzw. ihrer Bundesgenossen zu hören bekommen, daß sie Deutschland an die Entente verraten und verkauft haben. Und auch Herr Dr. Stresemann, der bekanntlich nur infolge einer verspäteten Zustellung der Antwort des englischen Vorkämpfers für die Ablehnung des Ultimatus stimmte, wird als Parteivorsitzender diesen angeneh-

men Vorwurf auch auf sich beziehen müssen. Und das wird uns eine noch viel größere Freude bereiten, als es dieser nunmehr abgelegte Familienstreit hätte jemals tun können.

Große Zeit in München.

Unter brausendem Beifall hatte der letzte deutschnationale Parteitag zu Hannover beschlossen, im Jahre 1921 in der bayerischen Hauptstadt zu tagen. Die Reichspresse gibt nunmehr die Tagesordnung dieses Parteitages bekannt, der vom 1. bis zum 3. September stattfinden wird.

Ueber die deutschnationale Politik im Reich und Preußen spricht Herr Hergt, während Dr. Hilpert über die Politik seiner Partei in Bayern reden wird. Doch scheint es, daß der Höhepunkt dieser Tagung ein Vortrag des Professors Dr. Brunstäd (Erlangen) über völkisch-nationale Erneuerung sein wird, der durch nicht weniger als vier Sonderberichte ergänzt werden soll.

Außerdem werden Staatsrat Heller von Braun über Wirtschaft, Staatsminister Dr. Hefferich über Finanz- und Dr. Eberle (Sachsen) über Mittelstandsfragen sprechen.

Die Stadt München ist um die große Zeit zu beneiden, die sie zu Anfang des nächsten Monats erleben wird.

„Reichsprügelwech.“ Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Bei dem Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Zivilisten in München im Westfalen handelt es sich um Ausschreitungen von drei einzelnen Reichswehrongeborenen gegen Zivilpersonen. In deren Verlauf griff eine Patrouille der Schupo und auch eine Patrouille der Reichswehr zum Schutze der Zivilisten ein. Hierbei wurde ein Reichswehriolbat verletzt, jedoch keine Zivilperson. — Die Notwendigkeit, gründlich durchzugreifen, bleibt dennoch bestehen.

Groß-Berlin

Heraus mit Schwarz-Rot-Gold!

Morgen Verfassungstag.

Frankreich feierte seinen großen National-Tag. Da flaggte die französische Bottschaft, das französische Konsulat und alles, was sich zu dieser Nation gehörig fühlte. Und sie flaggte blau-weiß-rot, die Tricolore, die Fahne der Revolution und der Republik.

„Das Sternbanner über Berlin“, so lautete die Ueberschrift einer Notiz in den bürgerlichen Zeitungen am 6. Juli in Berlin und sie schrieb: „Am Montag mittags 1 Uhr 30 nach Eingang der telegraphischen Mitteilung von der Unterzeichnung der Friedensresolution durch den Präsidenten Harding wurde von der amerikanischen Handelskammer auf dem Equitabel-Gebäude in Berlin die Flagge der Vereinigten Staaten von Amerika als erste amerikanische Flagge auf deutschem Boden nach vierjähriger Pause gehißt.“ Womit, so geschah es, genau um die Zeit, die die Presse so ganz genau zur Minute anzugeben mußte. Da ging das Banner der Sterne und Streifen hoch, das Banner der mächtigsten Republik der Welt.

Wo aber blieben die deutschen Farben? Wann wurden sie gezeigt? Wir kennen sie wohl: schwarz-rot-gold, aber wir sehen sie nicht. Nun kommt der Tag, an dem sich das deutsche Volk seine freie Verfassung selbst gab. Es gibt kein wahrhaft frei empfindendes Volk auf der Erde, das den Tag der Verfassunggebung nicht als den größten nationalen Feiertag ansieht. Auch in dem monarchisch regierten Dänemark ist der Verfassungstag ein allgemeiner Volksfeiertag. Darum heraus mit den Fahnen der deutschen Republik schwarz-rot-gold am 11. August, dem Tag der freien deutschen Verfassung. Wären wir wirklich das freie Volk, als das wir selbst uns oft genug hinstellen, dann müßte an diesem Tag ganz Berlin, ganz Deutschland stehen.

im Schmutz der neuen Banner.

Das Treiben eines Lustmörders.

Die unausgeklärten Leichenteile.

Zur Aufklärung des unheimlichen Leichensundes im Engelsen, dem ohne Zweifel ein Verbrechen, wahrscheinlich ein Lustmord, zugrunde liegt, veröffentlicht das Polizeipräsidium heute an den Anschlagssäulen eine Bekanntmachung, in der unter Hinweis auf die ausgeführte Befragung von 5000 W. alle Personen, die zweckdienliche Angaben zur Aufklärung des Verbrechens machen können, gebeten werden, sich im Polizeipräsidium, Zimmer 35, Anruf 499, bei Kriminalkommissar Dr. Riemann, zu melden.

Die weiteren Nachforschungen im Kanal haben gestern abend auch noch den Unterleiber der unbekanntem Toten zutage gefördert. Es fehlen jetzt nur noch der rechte Fuß, der Halswirbel, Rippenstücke und die Eingeweide. Die Kopfteile, die nacheinander gefunden wurden, sind jetzt auf Veranlassung der Kriminalpolizei im Schauhaus wieder zusammengesetzt, so daß man nach ein ziemlich klares Bild von dem Gesamtkörper erhält. Dieser präparierte Kopf wird heute im Polizeipräsidium öffentlich ausgestellt. Man hofft, so jemanden zu finden, der die Ermordete erkennt. Vor Jahren hatte man bei dem Mord an dem Knaben Becher mit diesem Verfahren den besten Erfolg. Das Alter der Ermordeten wird, wie gesagt, auf 20 bis 24 Jahre geschätzt. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei erstrecken sich aber auch auf vernünftige weibliche Personen, die jünger oder älter sind.

Es besteht die Vermutung, daß die Unbekannte das Opfer eines Lustmörders geworden ist, der schon mehr Verbrechen dieser Art auf dem Korbholz haben mag. Hunde von Leichenteilen, die zu verschiedenen Zeiten in fließenden Stadtteilen, an der Oberbaumbrücke und im Grunewald gemacht wurden und bisher noch nicht aufgeklärt hatten werden können, lassen mit dieser Möglichkeit rechnen, daß ein Lustmörder planmäßig am Werke ist. Hoffentlich gelangt jetzt die Aufklärung, weil die Kriminalpolizei in diesem Falle wenigstens die Möglichkeit geschaffen hat, die Persönlichkeit der Toten festzustellen, was in den früheren Fällen bisher nicht möglich war.

Eine Polizeiverordnung über den Straßenbahnverkehr

wird soeben vom Berliner Polizeipräsidenten veröffentlicht, die unter Zustimmung des Oberpräsidenten für den Bereich der Einheitsgemeinde Berlin Geltung hat. Die neue Verordnung ist in drei Hauptabschnitte geteilt, von denen der erste sich mit den Bestimmungen zum Schutze des Straßenbahnverkehrs beschäftigt. In diesen Bestimmungen ist nun das Befahren der Gleise in der Längsrichtung, soweit der Fahrdamm neben den Gleisen genügenden Raum bietet, mit Vorkuhren verboten. Besonders Schutz genießen in der neuen Verordnung auch die neuerdings vielfach zur Einführung gelangten besonderen Bahnkörper, deren Befahren nur noch an den als Übergänge gekennzeichneten Wegen gestattet ist. Auch das Ueberholen haltender Straßenbahnwagen an Haltestellen durch Fuhrwerke hat wieder in diese Bestimmungen Aufnahme gefunden. Fuhrwerke, die sich den Haltestellen nähern, müssen ihre Geschwindigkeit vermindern und soweit Raum geben, daß die Fahrgäste beim Ein- und Aussteigen nicht gefährdet werden. Der zweite Abschnitt enthält die Bestimmungen für die Fahrgäste, die gegen die früher geltenden Bestimmungen nur insofern eine Änderung enthalten, als größere Hunde nur noch auf den Bordplattformen befördert werden können. Der dritte Abschnitt behandelt die Pflichten des Betriebspersonals zur Verhütung von Unfällen.

Zum Kapitel: Eisenbahnbeschwerden.

Ein Eisenbahnschaffner, Vortragenoffizier, nimmt Bezug auf die von uns kürzlich gedruckte Warnung, die Türen der Abteile zu öffnen, bevor der Zug hält. Unser Genosse führt lebhaft Klage über das Benehmen vieler Fahrgäste, die sich an die Anordnungen und Bitten der Fahrleitenden gar nicht lehren, hernach aber schimpfen, wenn die Bahnposten die Betreffenden feststellen, was natürlich stets eine Bestrafung zur Folge hat.

Wir wollen ohne weiteres zugeben, daß gerade die unteren Fahrbeamten in verkehrsreichen Zeiten einen ungemein schweren Dienst haben. Andererseits aber liegen unsere Verkehrsverhältnisse in Groß-Berlin, und nicht nur auf der Stadt- und Vorortbahn, hinsichtlich anständiger Beförderung derart im argen und spotten vielfach so sehr jeder Beschreibung, daß das Publikum hinter dem einen Wunsch: Mitkommen um jeden Preis! notwendig alle anderen Rücksichten außer acht lassen muß. Wir verteidigen das Verhalten des Publikums nicht, aber verstehen wir es ein jeder, der einmal oder ständig in der Zwangslage ist, um jeden Preis mitkommen zu müssen.

Jugendamtsleiter gesucht!

Im „Zwiespruch“, der Zeitung für die Wanderbahn und dem amtlichen Nachrichtenblatt des Bundes der alten Wandervögel, finden wir folgende Rundgebung: „Der Ausschuß der Deutschen Jugendverbände sucht Leute unter den älteren Jugendlichen (oder: jugendlichen Alten), die für hauptamtliche Posten der Jugendämter in Betracht kommen. Durch eine ergiebige Ausbildung in der Jugendfürsorge sollen sie für diese Stellen geeignet gemacht werden. Berechnet wird auf Leute, die durch die Jugendbewegung gegangen sind und dort möglichst eine führende Stellung innehaben. Bewerbungen möglichst durch einen Bund an den Ausschuß der Deutschen Jugendverbände, Berlin W. 50, Augustburger Straße 61. Ohne im Augenblick nachprüfen zu können, ob eine gleiche Rundgebung auch in der sozialistischen Jugendpresse erfolgt ist, geben wir sie zur allgemeinen Kenntnis, weil wir der Ansicht sind, daß sie in ein sozialistisches Blatt zur Kenntnis für die Jugendlichen, die dafür in Betracht kommen, zuerst hineingeht. Hoffentlich handelt es sich hierbei nicht etwa um eine Auslese von Leuten, die zwar die Volkswendung beeinflussen sollen, aber nicht aus ihr entnommen werden.“

Am hellen Tage überfallen und beraubt wurde gestern nachmittag ein junges Mädchen an der Spandauer Brücke. Sie war vom Geschäft, in welchem sie als Verkäuferin tätig war, nach dem Postfachamt zur Erhebung von 6000 M. geschickt worden und kehrte gegen 2 1/2 Uhr von diesem Gange zurück, als sie in dem Hauskur des Hauses An der Spandauer Brücke 7 von einem Manne angeprochen wurde und sich durch Drohungen soweit einschüchtern ließ, daß sie sich von dem Räuber das Geld entziehen ließ, ohne sofort seine Verfolgung aufzunehmen. Sie holte vielmehr erst Hilfe, als der Täter längst geflüchtet war. Der Täter, der offenbar im Schalterraum des Postfachamts die Auszahlung des Geldes beobachtet hat und seinem Opfer von dort aus gefolgt ist, wird als ein etwa 30 Jahre alter, 1,70 bis 1,80 Meter großer Mensch geschildert, der mit dunkelblauem Anzug und grauem Hut bekleidet war.

Beschwerdekommission beim Wohnungsamt Charlottenburg. Von der Bezirksdeputation für das Siedlungs- und Wohnungsamt in Charlottenburg wurde eine Beschwerdekommission, bestehend aus 9 ehrenamtlichen Mitgliedern (3 Bezirksverordnete, 3 Bürgerdeputierte und 3 Frauen) für das Wohnungsamt eingesetzt. Nach dem vorliegenden Geschäftsplan ist diese Kommission zuständig für die Kontrolle der Wohnungsangelegenheiten, Entgegennahme von Beschwerden in Wohnungsangelegenheiten und Erledigung, soweit hierfür nicht das Mietungsamt zuständig ist oder Personalbeschwerden in Frage kommen. Schriftliche Beschwerden sind an die Kommission zu richten unter der Aufschrift: „An den Vorsitzenden der Beschwerdekommission beim Wohnungsamt Charlottenburg.“

In der Sitzung des Kreisrates Osthavelland leitete Landrat Giese mit, daß er durch Erlaß des Ministeriums des Innern zum Landrat des Kreises Osthavelland ernannt worden sei; er werde sein schweres und verantwortungsvolles Amt auch weiterhin streng gerecht und unparteiisch führen und hoffe, daß ihm das Vertrauen aller Teile des Kreises dann nicht fehlen werde. Richtig sei vor allen Dingen, daß wieder mehr Achtung vor der Ueberzeugung des anderen, vor den Gesetzen und den Anordnungen der Regierung Platz greife, dann werde es auch wieder aufwärts gehen. Nach einer kürzeren Aussprache zum Verwaltungsbericht teilte der Vorsitzende beim Kreishaushalt mit, daß die Gewerbesteuerzuschläge von 750 auf 500 Proz. hätten herabgesetzt werden können. Nach eingehender Aussprache wurde auch dieser Punkt der Tagesordnung mit geringfügigen Veränderungen durch einstimmige Annahme erledigt. Sodann folgten die Wahlen der Besitzer des Ringartenschiedsgerichts. Als Amtsvorsteherstellvertreter für den Amtsbezirk Groß-Ziethen wird der Hegemeister König in Schwante gewählt, als Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Dargow wird erneut der Bahnarbeiter Franz Wustermarck gewählt, zur Abschätzung landwirtschaftlicher Grundstücke im Rentenquittensachen Amtsbezirk Gerde-Niederhof, als Mitglied des Schlichtungsausschusses zur Lösung der Streitigkeiten zwischen Bauern, als Stellvertreter des Mitglied Bauern Gerde-Niederhof, Endlich werden gewählt: für den Schiedsmannsbezirk 2a (Lengke, Behn pp.) Landarbeiter Köh, Lengke als Stellvertreter für den Bezirk 3b (Groß-Ziethen, Schwante, Behlsanz) Landwirt Rudolf Dominik-Schwante als Stellvertreter, für den Bezirk 7 (Dallgow, Falkenhagen, Segefeld) Gemeindevorsteher Köhne-Segefeld als Schiedsmann, Landwirt Ewald Bartel-Falkenhagen als Stellvertreter, für Bezirk 8 (Groß-Glienitz und Sacrow), Lehrer Gustav Rißel-Groß-Glienitz als Stellvertreter.

Das vom Bezirks-Jugendamt Prenzlauer Berg veranstaltete Kinderfest hat einen überaus erfreulichen Verlauf genommen. Die Kinder haben unter sachverständiger Leitung bei dem schönen Wetter im Freien gesunde und anregende Spiele und Turnübungen veranstaltet. Durch musikalische Aufführungen, turnerische Vorführungen und die Darbietungen eines Kasperl-Theaters wurde von vielen tausend Kindern, die das Fest besuchten, mannigfache Anregung geboten.

Bei dem Kinderfest ist an einem der Spieletage einem Jugendbeter eine Aktentasche mit einem Bibliothekbuch, mehreren Schüsseln und einigen Kleinigkeiten verloren gegangen. Es wird gebeten, diese bei dem Berliner Willi Drischmann, R. Sprengelstr. 9, abzugeben. Andererseits sind mehrere Vortragsmanuale mit und ohne Inhalt abzugeben worden, die bei Herrn Stiller, R. 113, Driejener Str. 23, Stf. rechts, nachmittags nach 4 Uhr abgeholt werden können.

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst warmer, trocken und vielwolkenreicher, abends kühler. Später neue Zunahme der Bewölkung und etwas Gewitterregung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

43. Wkt. Väterabend. Großer Commerciant am Sonntag, den 14. August in Berner Frühling. Zehnderer Straße 3, wagt alle Genossen, Freunde und Bekannte herzlich eingeladen sein. Programm: Raffische, Kinderstücke mit Preisloosverteilung, von 4 Uhr ab in den Sälen Hall, 6 Uhr Beginn der Gesellschaftsversammlung, 8 Uhr Verlesung von „Einmal 2 Uhr, Sonntag 2 Uhr. Preisloosverteilung nehmen sämtliche Bezirksleiter entgegen oder sich am Sonntag im Saal abgeben.“
44. Wkt. Deutscher Abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Arminius-Hallen, Bremer Straße 78. Thema: Das Parteiprogramm und die Stadtverordnetenwahlen. Referent: Genosse Joachim.
45. Wkt. Kämpferabend. Deutscher Abend 8 Uhr in folgenden Sälen: 2. Bezirk bei Siedel, Kaiser-Augusto-Straße 65. — 3. Bezirk bei Bufe, Kaiser-Wilhelm-Straße 73. — 4. Bezirk bei Radumwitz, Bremer Straße 14. — 5. Bezirk bei Schmeide, Friedrich-Wilhelm-Straße 90. — 6. Bezirk bei Gante, Rasthof, Langen-Bühlstraße 4. — 7. Bezirk bei Möller, Gottlieb-Dunfel. Erst Germanischer, Geduldswahl zu den Bezirksverordnetenwahlen. Erklären alle Funktionäre, Parteiführer und -führerinnen, Parteiraumleiter und der Mitglieder unbedingt notwendig. Der Wahlkampf beginnt.

Gewerkschaftsbewegung

Internationale Rürschnerkonferenz.

Vom 1. bis 3. August tagte im Gewerkschaftshaus in München die 6. internationale Konferenz der Rürschner. Es waren vertreten: Deutschland, Desterreich, Ungarn, Dänemark, Schweden, Belgien. Ferner hatte der I.O.G.E., sowie das Internationale Bekleidungsarbeitersekretariat und das Sekretariat der Rürschner Vertreter entsandt. Der Vertreter Frankreichs war nicht erschienen.

Bis zum 1. Juli 1920 war der Sekretär zugleich Redakteur des internationalen Fachorgans „Der Rürschner“. Von diesem Datum ab ist der Verlag des „Rürschner“ vom deutschen Rürschnerverband übernommen worden. Die Einnahme des Sekretariats und Verlags betrug vom 1. Juli 1912 bis 31. Dezember 1920 144 708,41 M., die Ausgabe 130 554,55 M., der Bestand 14 034,61 M. Der Mitgliederbestand der dem Sekretariat angeschlossenen Organisationen betrug 1912 5863, davon 1916 weiblich. Am 1. Januar 1921 war Mitgliederbestand 14 005, davon 5898 weiblich. Dem Sekretär Genossen K e g g e wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Zum Punkt 4 der Tagesordnung referierte K e g g e, der seinen Ausführungen folgende Resolution zugrunde gelegt hatte, die einstimmig Annahme fand: „Mit Ausbruch des Weltkrieges hat der Kapitalismus aller Länder es verstanden, das Proletariat zur Abschichtung in keinen Dienst zu stellen. Der Appell des Kapitalismus an das Nationalgefühl des Proletariats genügt schon, letzteres seine weltgeschichtliche Aufgabe als Arbeiterklasse gegenüber dem Kapitalismus zu vergessen, und sich länger als vier Jahre als willenloses Werkzeug zur Vernichtung der ganzen Menschheit gebrauchend zu lassen. Dadurch verlor das Proletariat seine eigentliche Aufgabe in nationaler wie internationaler Beziehung.“

„Es ist aber das Proletariat in der Friedenszeit keiner Aufgabe gegenüber dem Kapitalismus bewußt, erkennt es letzteren als seinen Feind, ihn, der seine Entrechtung und Ausbeutung in rücksichtsloser Weise bewirkt, und gegenüber dem es durch seinen Zusammenschluß in der Organisation den einzigen Ausweg der Abwehr sieht, dann müssen auch die Mitglieder von dem Gedanken der internationalen Solidarität durchdrungen sein, den Kapitalismus während des Krieges erst recht als Feind des Proletariats zu erkennen, da der Krieg dem Proletariat — ab bei Sieg oder Niederlage — weit größere Wunden schlägt, als die Friedenszeit.“

Sollte auch in Zukunft nochmals der Miß und die Kraft des internationalen Proletariats nicht ausreichen, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern, so muß vor allem die Überwindung der internationalen Solidarität in den Organisationen der einzelnen Länder so fest verankert sein, daß nicht nur die Organisationen, sondern auch die internationale Verbindung in brüderlicher Weise, aller Völkerverehrung zum Trotz aufrechterhalten wird.

Darum beschließt die 6. Konferenz des Internationalen Rürschner-Sekretariats in München, in diesem Sinne in den Organisationen zu wirken.“

Den heutigen Bestrebungen der Organisationen nach Verschmelzung zu Industrieverbänden Rechnung tragend, nahm die Konferenz diese Resolution an:

„Die internationale Konferenz der Rürschner in München steht auf dem Boden der Industrieverbände und hält den Zusammenschluß sämtlicher in den Bekleidungsbranchen Beschäftigten in einer einheitlichen Organisation für erforderlich und erstrebenswert, um keine Berufsgruppen zu großen und leistungsfähigen Verbänden zusammenzuschließen. Sie fordert die Landesorganisationen auf, in diesem Sinne zu wirken und erlucht das internationale Sekretariat mit dem internationalen Sekretariat der Bekleidungsarbeiter und Autorbeiter in Verhandlungen zu treten, um die Einheitsorganisation national wie international zu fördern.“

Durch den Zusammenbruch der nationalen wie internationalen Organisation darf die Bewegungsfreiheit der kleinen Berufe nicht beschränkt werden, daß ihre speziellen Berufsinteressen darunter leiden.

Die Konferenz stellt fest, daß derzeit die Organisationsverhältnisse in der Text- und Wägenbranche noch darauf beruhen, daß die Auflösung des Sekretariats auf die nach fernstehende Kollegenschaft führt, der Organisationsmöglichkeit eher nachteilig als fördernd wirken würde.“

Zur Frage Moskau-Winter wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die 6. internationale Konferenz der Rürschner lehnt die Moskauer Methoden des Kampfes für die Befreiung des Proletariats ganz entschieden ab, und stellt sich auf den Boden der Amsterdamer Internationale, die als ein geeignetes Mittel, das Ziel der modernen Arbeiterbewegung zu erreichen.“

Zur Frage der Notwendigkeit der Forderung von Betriebsverhältnissen wurde nach einer Begründung von K e g g e folgende Resolution angenommen:

„Die vom 1. bis 3. August 1921 in München tagende internationale Konferenz des Rürschner-Sekretariats stellt fest, daß die kapitalistische Entwicklung in der Text- und Wägenbranche an der handwerklich-mittelständigen Betriebsform — besonders in der Bekleidungsbranche — keine wesentlichen Veränderungen herbeiführt hat. Deshalb hält das Unternehmertum auch noch immer an dem Produktionsystem der Hausindustrie (Zwischenmeister) fest, durch welches es sich aller logischen Rücksichten und Risiken entzieht, diese dem Hausindustriellen aufbürdet, die letzten Endes aber der Arbeiter und besonders die Arbeiterin zu tragen hat.“

Dieses Produktionsystem ist mit wenig Ausnahmen in fast allen Ländern gleich geblieben. Der Hausindustrie folgt in logischer Konsequenz die Heimarbeit.

Es muß deshalb Aufgabe der Landesorganisationen sein, fortgesetzt an das Unternehmertum sowie die Regierungen die Forderung auf Errichtung von Betriebsverhältnissen, die allen hygienischen Forderungen entsprechen, zu stellen, damit endlich erreicht wird, daß das Unternehmertum Träger aller Lasten der Produktion wird.“

Die Konferenz stellt aber auch fest, daß es im Widerspruch mit den Aufgaben der modernen Arbeiterbewegung steht, wenn organi-

sierte Arbeiter, die von der Schädlichkeit des Hausindustriellen überzeugt sind, die Arbeit in den Betriebsverhältnissen lieber vorziehen, denn zur Hausindustrie ihre Zuflucht nehmen. Damit bekunden sie nur, daß sie ihre Existenz lediglich auf der weiblichen Arbeitskraft aufbauen wollen.“

Zu Punkt 6: Welche Berufe kommen für eine eventuelle Verschmelzung zu Industrieverbänden für unsere Organisation in Frage? referierte H e i n z e - B e i p p l a. Die Frage wurde schon zum Teil durch vorhergehende Debatte geklärt und fand auch durch die angenommene Resolution ihre Erledigung. — Das neue Regulatorium fand nach einer keinen Erweiterung Annahme. Der Beitrag wurde pro Mitglied und Jahr auf 50 Pf. festgesetzt (bisher 60 Pf. für männliche und 30 Pf. für weibliche Mitglieder). Als Sitz des Sekretariats wurde wieder Deutschland vorgeschlagen und Kollege K e g g e - B e r l i n einstimmig als Sekretär gewählt.

Die Konferenz hatte am 3. August, mittags 12 Uhr, ihr Ende erreicht. Sie erledigte ihre Arbeiten in einem Geiste der Einmütigkeit und Brüderlichkeit, wie er in diesen Tagen wohl selten anzutreffen ist und alle Erwartungen übertraf. Nicht ein Mißton hörte die Debatte. Der Wunsch der Konferenz war, daß dieser Geist der Einmütigkeit bald die ganze internationale Arbeiterbewegung beherrschen möge.

Die Firma H. Wertheim, Berlin, als Sittensrichter.

Des Warenhaus H. Wertheim, Rosenhafer Straße, entlich vor einigen Tagen Knoll und Höl eine junge Frau, Witwe mit zwei von ihr zu versorgenden Kindern, wegen einer angeblichen Fehlgeburt. Herr Knoll, der Leiter des Hauses, hatte sogar die Kühnheit, vor dem Schlichtungsausschuß zu erklären, daß die betreffende Frau sofort wieder eingestellt würde, wenn sie den Nachweis erbringt, daß sie keine Fehlgeburt gehabt hätte! Fürwahr, nette Leute, die Wertheim und Genossen.

Tatsache ist, daß die betreffende Frau etwa 6 Jahre mit geringer Unterbrechung im Hause H. Wertheim tätig war. Ihre Tätigkeit selbst verdient keinen Lohn, das mühte selbst der Vertreter der Geschäftsleitung vor dem Schlichtungsausschuß abgeben. Aber die Angestellten (!!) hätten sich geweigert, weiter mit der betreffenden Kollegin zusammenzuarbeiten. — In Wirklichkeit ist das Personal der Firma H. Wertheim über diese neueste Maßnahme der Geschäftsleitung empört und hat mit heller Freude und erster Genehmigung den folgenden endgültigen Schiedspruch vernommen:

„Die Kündigung ist unwirksam, die Antragstellerin ist weiter zu beschäftigen oder ihr eine Entschädigung in Höhe von 5496 M. (das sind rund 6 Monatsgehälter) zu zahlen.“

Die Firma H. Wertheim wird sich eben daran gewöhnen müssen, wenn es ihr auch schwer fällt, sich um die persönlichen Dinge ihrer Angestellten nicht zu kümmern. Die Zeit der Selbstgefälligkeit hat aufgehört. Die Angestellten nehmen Stellung zu dem Fall in einer Protestversammlung am 16. August 1921 in Havellands Festhallen, Neue Friedrichstraße 33.

Stud- und Gipobauhandel Den Kollegen zur Nachricht, daß die Ferienfrage wie folgt geregelt ist: „Anspruch auf 4 Werkstage Ferien (Beurlaubung unter Fortzahlung des Tariflohnes) hat, wer im Stud- und Gipobauhandel frühestens bis zum 15. Juli, spätestens bis zum 30. September mindestens 30 Wochen in demselben Geschäft hintereinander gearbeitet hat.“

„Es ist ein im Stud- und Gipobauhandel Beschäftigter nach dem 15. Juli in einem anderen Betriebe desselben Gewerbes in Arbeit getreten und hat Anspruch bei seinem früheren Arbeitgeber auf Grund des oben Angeführten auf Ferien erworben, so soll der Arbeitgeber mit der Betriebsleitung in Verbindung treten, wann der betreffende seine Ferien antreten kann. Streitfrage werden bei der Berechnung in Lösung gebracht.“ Dies zur vorläufigen Kenntnis der Kollegen und wird unser nächstes Mitteilungsblatt nähere Angaben in der Ferienfrage bringen. Die Sektionsteilung.

Lohnbewegung in München. In München haben infolge der bevorstehenden großen Verteuerung der Lebenshaltung verschiedene Lohnbewegungen begonnen. So sind gestern auf den wichtigsten Münchener Baustellen die Bauarbeiter in den Streik getreten. Auch im Münchener Großhandel ist eine Lohnbewegung im Gange. Der Arbeitgeberverband hat einen Schiedspruch abgelehnt, der allen Angestellten vom 1. August an eine 15prozentige Erhöhung der Gehälter zugestimmt hätte.

Gewerkschaftliche Jugendkonferenz Kassel. Die Delegierten werden ersucht, bis zum 13. d. M. an die Adresse des Gewerkschaftsfortells Kassel, Spohrstr. 6, mitzutellen, ob sie Unterkunft belegen wollen. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Gemeindefürsorge Sachens sind durch die höheren Lebensmittelpreise veranlaßt worden, in eine Lohnbewegung einzutreten. Durch ihre Organisationsleiter haben sie dem Arbeitgeberverband schriftlich Gemeindefürsorge Forderungen auf eine zeitgemäße Erhöhung der Tariflöhne überreicht.

Ausland der Straßenbahnangestellten in Krefeld. Hier sind heute die Straßenbahnangestellten in den Ausstand getreten. Nur 10 Stimmen haben sich gegen den Ausstand ausgesprochen.

Bauarbeiterverband Die für die Bauarbeiter herausgegebenen Sammelblätter können am Freitag von 4-6 Uhr nachmittags in unserem Bureau, Zimmer 53, in Empfang genommen werden. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß für die bevorstehenden Gewerkschaftswahlen ein Flugblatt zur Ausgabe gelangt, dieses kann durch die Bauarbeiter in Zimmer 46 abgeholt werden. Kein Bauarbeiter darf sich dieser Pflicht entziehen. Der Vereinsovorstand.

Zentralverband der Kaputteten. Donnerstag: Buchhandel, Funktionärversammlung 5 1/2 Uhr, Wägenhandl., Buchhandel 11 1/2 Uhr. Freitag: Buchhandel und Großhandel, Funktionärversammlung 7 1/2 Uhr, Buchhandel, Neue Friedrichstraße 33-35. Samstag: Buchhandel, Mitgliederversammlung 8 Uhr, Einheits-Bierhallen, Neue Friedrichstraße 33.

Wirtschaft

Der teuerste Monat.

Auch die amtliche Statistik erkennt nach den Erhebungen für den Monat Juli die starke Preissteigerung der letzten Wochen an. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten des statistischen Reichsamtes, die bekanntlich außer den Lebensmitteln alle zwangswise niedrig gehaltenen Preise, wie die für Wohnung, Heizung und Beleuchtung, mit umfaßt, dagegen den Aufwand für Bekleidung gar nicht zu erfassen sucht, betrug für diesen Monat 963 gegen 896 und liegt damit noch bedeutend über der bisher höchsten amtlichen Teuerungszahl des Monats Januar, wo der Aufwand für Ernährung und Wohnbedarf 924 erreicht hatte. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß diese Zahlen sich mit dem tatsächlichen Existenzminimum nicht decken. Sie kennzeichnen aber die allgemeine Preisbewegung und werden durch die Rezhiffern der Großhandelspreise bestätigt.

Auf die Reichsindexziffern ist von großem Einfluß, daß die Preise für Hülsenfrüchte, Fette, Ei und Milch beträchtlich in die Höhe gegangen sind. Im August wird dazu noch die Verteuerung des Brotes kommen, die allein schon die Teuerungszahl weiter hinaufstreben wird, und noch mehr, wenn die Wirkungen der Brotpreissteigerung sich in Lohnhöhungen und Preissteigerungen für andere Waren umsetzen werden.

Der amtliche Bericht verzeichnet, daß im Gegensatz zu früheren Erhebungen, wo die Teuerung in den verschiedenen Gemeinden verschieden stark zugenommen hat, diesmal die Teuerungsbewegung im ganzen Reiche ziemlich einheitlich war. Fast alle Gemeinden, in denen Erhebungen angestellt wurden, berichteten höhere Lebenshaltungskosten.

Italiens Wirtschaftslage.

Zu den Siegerstaaten, die in erster Linie an der Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen mit Deutschland interessiert sind, gehört Italien. Bekanntlich hat auch dieses Land unter Abjahn- und Baltaschwärzungen zu leiden und ist schon deshalb von dem Warenaustausch mit volkswirtschaftlichen Ländern in hohem Grade abhängig. Dazu kommt, daß Deutschland vor dem Kriege einer der wichtigsten Abnehmer und Lieferanten Italiens gewesen ist. Ueber keine gegenwärtige industrielle Lage macht das Internationale Arbeitsamt folgende Mitteilungen:

Während der zwanzig Jahre, die dem Krieg vorausgingen, machte die industrielle Entwicklung Italiens bedeutende Fortschritte, namentlich die Textilindustrie, die Nahrungsmittelindustrie, einige Zweige der Maschinenbauindustrie, die Holzindustrie usw. Bei Ausbruch des Krieges waren etwa 2 1/2 Millionen Arbeiter in den industriellen Betrieben beschäftigt.

Nach dem Kriege setzte jedoch eine Krise ein. Die Arbeiterzahl nahm beispielsweise im Bergwerksbetriebe um 15 Proz. ab, in der chemischen Industrie um 20 Proz., in der Metallindustrie um mehr als 40 Proz., in den Steinbrüchen um 50 Proz. In der Metallindustrie stieg zwar von 1915 bis 1920 das angelegte Kapital um 1250 Millionen Lire, die Arbeiterzahl aber ging von 56 122 (1913) auf 21 880 (1920) zurück. Die Stahlerzeugung, die in der Vorkriegszeit 1 000 000 Tonnen betrug, sank auf 400 000, die Gussstahlerzeugung von 400 000 auf 200 000, und ein weiterer Abfall steht zu erwarten. Im Maschinenbau beliefen sich die Reuanlagen von Kapital auf 800 Millionen Lire, und es werden nun mangelnde Maschinen im Lande selbst erzeugt, die vormals eingeführt werden mußten; dennoch selbst diese Industrie unter Betriebsbeschränkungen, mit Ausnahme derjenigen Betriebe, die für die Eisenbahnverwaltungen arbeiten. In der chemischen Industrie stellen sich die Reuanlagen auf 800 Millionen Lire, doch auch hier ist die Erzeugung nun erheblich zurückgegangen; in der Erzeugung von Säuren und anorganischen Salzen ist die Arbeitszeit auf ein Viertel der normalen herabgesetzt und die organischen Betriebszweige sind noch schwerer betroffen.

In der Baumwollindustrie wurden noch vor kurzem 200 000 Arbeiter beschäftigt, die Zahl der tätigen Spindeln war fast 4 500 000, die der Webstühle 120 000; gegenwärtig ist die Produktion auf ein Drittel eingeschränkt. In der Wolleindustrie wird nur an vier Tagen in der Woche gearbeitet. Ähnlich ungünstig sind die Verhältnisse auch in anderen Industrien.

Aus aller Welt.

Mineralfors im Frieden. Die Befragung eines schwebischen Hüttenwerkes teilte bei Anknüpfung in Christianland mit, sie habe vor 14 Tagen beobachtet, wie ein deutscher Trawler in der Nordsee auf eine Mine gestoßen und in die Luft geflogen sei.

Ein Fremden-Notquartier in Salzburg richtet der Stadtmagistrat für Fremde, die kein Quartier finden, ein.

Der regelmäßige Dampferverkehr Antwerpen-Petersburg soll am 24. August d. J. wieder aufgenommen werden.

Eine Benzinerplosion in Memmingen im Anwesen des Kaufmanns Kerler zerstörte 8 Häuser und machte 60 Personen obdachlos.

Die Reparatur des Nordstern. Der Ingenieur Gobiard ist in Begleitung von acht deutschen Arbeitern aus Deutschland in Paris angekommen, die die Instandsetzung des bei dem letzten Fluge beschädigten Luftschiffes Nordstern ausführen sollen.

Veranst. für den schott. Kreis: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Knaigen: Dr. Giese, Berlin; Berlin: Nordstern-Berlin G. m. b. H., Berlin; Brand: Nordstern-Berlin G. m. b. H., Berlin; Nordstern-Berlin G. m. b. H., Berlin; Nordstern-Berlin G. m. b. H., Berlin.

Zähne von 5
Herzli. Ausführung. 5 Jahre
M. Garantie. Umarbeitung alt. Gebisse
an Reparaturen sofort. Goldkrone
Brücken. Teilsahl. 9-7, Sonntag
Hempel, Dentist, Liniestr. 220,
nahe Schönerhauser Tor

Nutzeisen
Stabeisen, Bleche, T-Träger, U-Eisen, Rohre,
Ketten, Lagerbänke, Nieten, Schrauben,
u. s. w. in verschied. Dimensionen haben abzugeben
Nutzeisenabteilung, Bl.-Neukölln
Weserstr. 24/26 — Tel. Nauk. 4178
COHN & BORCHARDT
Zentrale: Lichtenberg, Rillergutstr. 47/48
Telegr.-Adresse „Ercebor“. Tel. Lichtenb. 644/647

Metall-Bettstellen
Kinderwagen, Bett-
federn, Korbmöbel
Fürst, Neukölln
Hermannstr. 31
Ecke Mahlower Str.
Fabrikpreise
Lieferung
frei Haus

WANZEN
Motten, Flöhe, Kopf- und
Körperläuse, Schwaben werden
radikal vernichtet durch
PFEIFFEROL

6 Tage Rennen
durch ganz Berlin
kennen Sie
eine Sie solche, in jeder Hinsicht wertvollste und unvergleichbare
Prozise beim Verkauf von
Brillanten auch größere Objekte
Platin-Gold-Silber
alten Münzen, Münzensammlungen, Uhren, Ketten, Ringen
einzelnen Zähnen, Zahngebissen erziehen, wie bei der
führenden Firma H. Wiese
Artilleriestraße 30
3 Minut. v. Bahn, Friedrichstr. — Tel.: Norden 1630. Telegr.: Platinwiese
Größte, billigste und leistungsfähigste Trauringzentrale
Telegramm-Adresse:
Platinwiese

Metallankaufsstelle
Osten,
Graber Weg 34
zahl. Tagespreise für
**Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.**

Gardinen!
Sonderangebote
und Gelegenheitskäufe
in Resten
Steros, Bettdecken
Madras- und Künstler-
Gardinen
Spezial-Gardinenwerkst.
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof
Prismen-Feldstecher
besond. Zeiss u. Goerz werden
ständig angekauft
Photographische Stockmann
Berlin W 8, Potsdamer Str. 133

Entfettungs-Tabletten
Mark „Sibaja“
das erfolgreichste und unschädlichste Mittel
gegen Fettigkeit.
Ohne Diätzwang.
Gewichtsbahnung bei ausgeglichener Nahrung.
Delikan-Apothek, Berlin, Leipziger Str. 83
am der Christenstr.
Telefon 2785

Künstliches Höhensonnen-Institut
„Recipe“ Adolfstraße 12a
am Krematorium
behandelt gewissenhaft
innere und äußere Krankheiten
Sprechz. 189, 9-7, Sonntags 9-1 Uhr. Kurante Zahnungs-
bedingungen. Günstige Fahrgelienheit.

KORB-MÖBEL
für Gärten, Balkone, Wohn-
zimmer in moderner u. dauer-
hafter Ausführung. Korbmöbel
von M. 48 an. Große Auswahl.
Beilichtigung erbeten.
Heinrich Kaese
Korb- und Rohrmöbelwerkst.
Neukölln, Bornstr. 89.
Quergeb. part. (Kein Laden.)